Kreistagsfraktion Euskirchen
Jülicher Ring 32
53879 Euskirchen

	R 2/2026
Datum:	**28.08.2026**

Az.:

[X] Öffentliche Sitzung [ ] Nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Kreistag	07.10.2026

Resolution des Kreises Euskirchen zur strikten Einhaltung des Konnexitätsprinzips und zum Schutz der kommunalen Familie vor der verdeckten Ausnutzung von Bagatellgrenzen durch das Land NRW
Hier: Resolution der AfD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Landrat Ramers,

die AfD-Fraktion im Kreistag Euskirchen stellt für die nächste Sitzung des Kreistages den nachfolgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung.

Beschlussentwurf:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die folgende Resolution zu verabschieden:

- Der Kreis Euskirchen fordert die Landesregierung und den Landtag von Nordrhein-Westfalen auf, das verfassungsrechtliche Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“ nach Art. 78 Abs. 3 LVerf NRW) ohne Wenn und Aber anzuwenden. Jede vom Land verordnete Standarderhöhung muss zu 100 Prozent vom Land bezahlt werden.
- Der Kreis Euskirchen verwahrt sich entschieden gegen die schikanöse Praxis des Landes, notwendige Kostenerstattungen unter dem Vorwand von „Bagatellgrenzen“

(Schwellenwert von 0,25 Euro/Einwohner) zu verweigern. Diese Salami-Taktik ist ein bewusster Angriff auf die finanzielle Souveränität des ländlichen Raums.

- Das Land NRW wird aufgefordert, für die massiven finanziellen Folgekosten im Rettungsdienst und Katastrophenschutz vollumfänglich haftbar gemacht zu werden, die direkt durch landespolitische Fehlentscheidungen – wie die Schließung der Notaufnahme im Krankenhaus Schleiden – verursacht wurden.

- Der Landrat wird beauftragt, diesen Beschluss unverzüglich an den Ministerpräsidenten des Landes NRW sowie an das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung zu übermitteln, um den unmissverständlichen Widerstand des Kreises Euskirchen gegen diese verdeckte Zwangsverwaltung durch die Hintertür zu demonstrieren.

Begründung:

Die Finanzmisere des Kreises Euskirchen hat das Stadium einer akuten Existenzkrise erreicht. Der aktuelle Haushaltsplan 2026 des Kreises Euskirchen legt das Versagen der übergeordneten Politik schonungslos offen:

Bei einem astronomischen Gesamtaufwand von rund 550,6 Millionen Euro klafft im Etat ein ungedecktes Loch von 21 Millionen Euro. Mehr als die Hälfte dieses Geldes – über 300 Millionen Euro – wird durch ungesteuerte Pflichtaufgaben im Sozialbereich gebunden, die dem Kreis von Bund und Land aufgezwungen werden.

Besonders rücksichtslos agiert Düsseldorf bei der inneren Sicherheit und Gefahrenabwehr unserer Bürger. Weil die Landespolitik die Schließung der Notaufnahme im Krankenhaus Schleiden achselzuckend hingenommen hat, kollabiert die medizinische Infrastruktur in der Fläche.

Die Folge: Der Kreis musste den Rettungsdienstbedarfsplan notgedrungen um rund 40 Prozent ausweiten. Neue Wachen, zusätzliche Fahrzeuge und ca. 50 neue Stellen sind die Quittung für diese Fehlplanung.

Anstatt diese Mehrkosten als Verursacher vollständig zu übernehmen, versteckt sich das Land hinter bürokratischen Klauseln wie dem landesweiten Schwellenwert von 4,5 Millionen Euro, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Diese ungedeckten Millionenbeträge muss der Kreis am Ende über die Kreisumlage (Allgemeine Umlage 29,99 %, Jugendamtsumlage 27,21%) finanzieren.

Damit raubt das Land unseren elf kreisangehörigen Städten und Gemeinden – wie Euskirchen, Mechernich oder Bad Münstereifel – den letzten finanziellen Atemzug!

Das scheinheilige Argument, es handle sich bei Einzelgesetzen nur um „Bagatellen“, zieht nicht mehr. In der Summe führt diese Praxis zur systematischen Enteignung der kommunalen Familie. Wenn der Staat vor Ort kein Geld mehr für die Instandhaltung von Straßen, Schulen und die Sicherheit der eigenen Bevölkerung hat, ist die rote Linie überschritten. Wir fordern den Kreisausschuss auf, dieses unmissverständliche Signal des Widerstands gegen die Ausplünderung unseres Kreises parteiübergreifend mitzutragen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Ioana-Ileana Sülzner
Vorsitzende der AfD-Fraktion

Gez.
Hermann Zirke
AfD Fraktionssekretär